

Zu 2.

**Hochschule Harz
(Abg. Veronika Brandt, DVU, Drs. 3/4753)**

Wortlaut der Kleinen Anfrage zur schriftlichen Beantwortung

Ich frage die Landesregierung:

1. Hat die Landesregierung Informationen darüber, ob es sich bei dem Dekan des Fachbereiches Verwaltungswissenschaften an der Hochschule Harz, Herrn Rainer O. Neugebauer, um die gleiche Person handelt, welche in Wetzlar 1971 bei der „anarcho-info“ (Untertitel: Internes Kommunikationsorgan der anarchistischen und rätekommunistischen Gruppen) als Redakteur gearbeitet hat?
2. Trifft es zu, dass an der Hochschule Harz, welche mit dem Motto „Weltoffenheit und Toleranz“ für sich wirbt, in den vergangenen Monaten Parteiveranstaltungen der PDS mit prominenten Vertretern dieser Partei (Bläß, Gysi, Modrow usw.) durchgeführt oder geplant sind? Hat es ähnliche Veranstaltungen anderer Parteien gegeben? Wenn ja, welche? Bitte für die Standorte Wernigerode und Halberstadt getrennt ausweisen.
3. Trifft es zu, dass sich die Hochschule an der - dem Vernehmen nach - von der PDS initiierten „Aktion Noteingang“ beteiligt? Wenn ja, fällt dies nach Ansicht der Landesregierung und aus rechtlicher Sicht noch unter den Bildungsauftrag der Schule oder ist bereits die Grenze zur unzulässigen politischen Bestätigung überschritten?

**Antwort der Landesregierung
erstellt vom Kultusministerium**

Zu 1:

Der Dekan des Fachbereiches Verwaltungswissenschaften Herr Prof. Dr. Rainer O. Neugebauer ist identisch mit der Person, die im Herbst 1971 Redakteur der Doppel-Nr. 11/12 der Zeitschrift „anarcho-info“ war. Herr Prof. Dr. Rainer O. Neugebauer war damals 17 Jahre alt.

Zu 2:

An der Hochschule Harz, Hochschule für angewandte Wissenschaften (FH), Abt. Wernigerode, hat es am 14.12.2000 einen Besuch der Bundestagsvizepräsidentin Frau Petra Bläß gegeben. Am 22.05.2001 wurden Räume der Hochschule Harz (FH) Hochschule für angewandte Wissenschaften, Abt. Wernigerode, an Jüttners Buchhandlung, Wernigerode, vermietet für eine Buchlesung von Herrn Dr. Gregor Gysi. Dieses war eine Veranstaltung der o. g. Buchhandlung und wurde auch so öffentlich angekündigt.

An der Abteilung Halberstadt haben zwei Veranstaltungen der PDS stattgefunden. Am 18. Juni ein Vortrag des Europaabgeordneten Dr. Modrow zum Thema "Europa-parlament und EU Ost-Erweiterung" und am 25. Juni 2001 ein Vortrag des Landtagsabgeordneten Gallert zum Thema "Verwaltungsreformen - Entwurf des 3. Vorschaltgesetzes". Bei beiden Veranstaltungen wurden nur die Räume der Hochschule genutzt. Es handelte sich in beiden Fällen um Veranstaltungen der PDS.

Unabhängig von der vorliegenden Kleinen Anfrage wurde auf der letzten Sitzung der Hochschulleitung mit den Dekanen vereinbart, dass Parteiveranstaltungen ab Wintersemester 2001/02 aufgrund der bevorstehenden Landtagswahlen in den Räumen der Hochschule nicht mehr stattfinden werden.

Der Fachbereich Verwaltungswissenschaften der Abteilung Halberstadt hat im Rahmen von Podiumsdiskussionen zu aktuellen Themen (z. B. Verwaltungsreform), von Fachkongressen (z. B. Halberstädter Forum für Verwaltungswissenschaften) und in einzelnen (Lehr-) Veranstaltungen Vorträge und Diskussionsbeiträge von Landtags-, Bundestags- und Europaabgeordneten der verschiedensten Partei (z. B. SPD, CDU) gegeben.

Die Hochschule wurde im vergangenen Jahr von Vertretern von fast allen Parteien besucht. So z. B. von Mitgliedern der Bundestagsfraktion der Bündnis 90/Die Grünen und der SPD, der Landtagsfraktion der SPD sowie einer Europaabgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen. Daneben ist ein Mitglied der CDU-Landtagsfraktion Vorsitzender des Fördervereins der Hochschule.

Eine statistische Erfassung dieser Kontakte und eine Zuordnung zu den einzelnen Standorten findet nicht statt.

Zu 3:

Die „Aktion Noteingang“ wurde nicht von der PDS, sondern von Brandenburger Jugendinitiativen initiiert. Die Landesregierung unterstützt ausdrücklich die „Aktion Noteingang“.

Die Hochschule Harz, Hochschule für angewandte Wissenschaften (FH), ist über die Hochschulleitung an der gegründeten Initiative „Aktion Noteingang“ beteiligt. Die Hochschule hat in verschiedenen Initiativen (Senat, Landesrektorenkonferenz, „Augen gegen Gewalt“ etc.) ihr fundamentales Interesse gegen Rechtsextremismus und Gewalt bekundet und begrüßt bzw. unterstützt jede parteiübergreifende Aktivität für mehr Weltoffenheit und Toleranz im Land Sachsen-Anhalt.

Die Hochschule Harz, Hochschule für angewandte Wissenschaften (FH), ist gemäß § 1 Abs. 2 Nr. 5 Hochschulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (HSG-LSA) i.d.F. der Bekanntmachung vom 10. Juli 1998 (GVBl. LSA S. 300) zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes zur Änderung des Beamtengesetzes Sachsen-Anhalt und des HSG-LSA vom 03.04.2001 (GVBl. LSA S. 141) eine staatliche Hochschule und keine Schule.

